

- 1 37. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
- 2 Dresden, 07.-09. Februar 2014

3 Beschluss (vorläufig)

4 C. MEHR EUROPA BRAUCHT MEHR DEMOKRATIE

5 Lebendige Demokratie wächst von unten. Wir wollen Kommunen und Regionen stärken, damit
6 sie ihre Interessen selbstbewusst in der EU vertreten, gerade auch bei öffentlichen Dienstleistun-
7 gen zur Daseinsvorsorge. Wir wollen die Freiheit und Selbstbestimmung der Menschen in der
8 EU schützen vor Ausspähung, Diskriminierung und der Verletzung ihrer Menschen-, Grund- und
9 Minderheitenrechte. Freiheit in den Lebensentwürfen, geschlechtergerechtes und gleichberech-
10 tigttes Leben, Lieben und Arbeiten – das ist unser Europa. Offene Grenzen und die Reisefreiheit
11 verteidigen wir als wichtige Errungenschaft für die EU-BürgerInnen gegen die nationale Wieder-
12 einföhrung von Grenzkontrollen.

13 Der Vertrag von Lissabon hat die Grundlagen der europäischen Demokratie spürbar verbessert:
14 Es gibt seither eine verbindliche Grundrechtecharta, gestärkte Parlamente und erste Schritte zu
15 direkter BürgerInnenbeteiligung. Dennoch wurde im Krisenmanagement am Europäischen Par-
16 lamente vorbei regiert; die Schiefelage zwischen gemeinschaftlichen Institutionen und nationalen
17 Regierungen war unübersehbar. Statt im Parlament die demokratische Auseinandersetzung über
18 die Krisenpolitik, ihre weitreichenden Konsequenzen und tiefen sozialen Einschnitte zu führen,
19 muteten die Regierungen den BürgerInnen undurchsichtige Entscheidungen der Staats- und Re-
20 gierungschefInnen zu. Das befeuert anti-europäischen Populismus und EU-kritische Bewegun-
21 gen. Die Krise der Europäischen Union ist daher auch eine Krise der Demokratien ihrer Mitglied-
22 staaten. Gegen eine entmündigende Politik setzen wir GRÜNE den Dialog über unsere gemein-
23 same Zukunft in Europa und fordern einen demokratisch legitimierte Europäischen Konvent.

24 Wir treten ein für eine demokratische Erneuerung der Europäischen Union, in der BürgerInnen
25 **mitentscheiden** können. Manche unserer Reformvorschläge sind nur langfristig realisierbar, da
26 sie Änderungen der Europäischen Verträge voraussetzen. Es gibt aber auch substanzielle Verbes-
27 serungen, die sofort umsetzbar wären. Gegen die Übermacht der Regierungen in der Europäi-
28 schen Union setzen wir die Stärkung der Parlamente auf allen Ebenen und ihre enge Zusam-
29 menarbeit in einer „Allianz der Parlamente“. Wir wollen mehr Transparenz und Lobbykontrolle
30 durchsetzen.

31 Für uns GRÜNE ist Datenschutz ein elementares, modernes Grundrecht. Deshalb wollen wir ihn
32 **erneuern**, denn in vielen Mitgliedstaaten und der EU hinkt er den Anforderungen des 21. Jahr-
33 hunderts hinterher. Nur mit einem einheitlichen starken EU-Datenschutz können wir die Rechte
34 der Menschen auf informationelle Selbstbestimmung effektiv schützen und hohe internationale
35 Standards durchsetzen. Im digitalen Zeitalter lebt die Demokratie auch davon, dass die Men-
36 schen selbstbestimmt über den Umgang mit ihren Daten entscheiden, dass es Raum für Privat-
37 heit gibt und gleichberechtigten Zugang zum Internet.

38 Voraussetzung für eine verbesserte gesellschaftliche Partizipation ist für uns eine EU, die die nö-
39 tigen Bedingungen schafft, unter denen gleichberechtigt und selbstbestimmt alle teilhaben kön-

40 nen – unabhängig von Geschlecht, Religion, ethnischer Zugehörigkeit, Behinderung, sexueller
41 und geschlechtlicher Identität.

42 Wir wollen die Europäische Union in einen einheitlichen Schutzraum für Flüchtlinge verwandeln.
43 Wir kämpfen für gemeinsame und faire Standards bei Asylverfahren und eine menschenwürdige
44 Aufnahme von Flüchtlingen in ganz Europa. Wir wollen **zusammenhalten** und nicht länger hin-
45 nehmen, dass sich die Europäische Union als Wertegemeinschaft bezeichnet, aber nicht ausrei-
46 chend gegen Menschenrechtsverletzungen sowie den Abbau von Demokratie und Rechtsstaat-
47 lichkeit in ihren Mitgliedstaaten vorgeht.

48 GRÜN macht den Unterschied: Bei der Ausgestaltung der Europäischen Bürgerinitiative haben
49 grüne Abgeordnete für mehr Mitwirkungsrechte der BürgerInnen in der EU gestritten und wich-
50 tige Fortschritte erreicht. Beim Datenschutz haben wir maßgeblich und gegen den inhaltenden
51 Widerstand der schwarz-gelben Bundesregierung darauf hingearbeitet, das Grundrecht der Bür-
52 gerInnen durch eine wirksame EU-Datenschutzgrundverordnung zu schützen. GRÜNE haben
53 erfolgreich für die Einrichtung eines EU-Programms zur Aufnahme besonders schutzbedürftiger
54 Flüchtlinge gekämpft und erreicht, dass zusätzliche Mittel für humanitäre Notfallmaßnahmen,
55 wie z.B. für syrische Flüchtlingslager, bereitgestellt wurden.

56 C.1. DIE EUROPÄISCHE UNION DEMOKRATISCH ERNEUERN

57 **C.1.1 Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte stärken**

58 Je stärker die Europäische Union den Alltag ihrer BürgerInnen prägt, desto mehr müssen diese
59 Einfluss auf Entscheidungen nehmen und die EU mitgestalten können. Einen wichtigen ersten
60 Schritt zu mehr direkter Demokratie hat der Vertrag von Lissabon eingeführt: Die Europäische
61 Bürgerinitiative. Wir GRÜNE wollen sie zu einem wirksamen Instrument ausbauen, das europäi-
62 sche Fragen auch den BürgerInnen der EU zur Diskussion und Abstimmung vorlegt. Wir stehen
63 für eine lebendige europäische Öffentlichkeit! Deshalb fördern wir mehr BürgerInnenbeteiligung
64 und die freie Verfügbarkeit und Nutzung öffentlicher Daten (Open Data). Ein weiterer Beitrag
65 zur Stärkung der europäischen Medienöffentlichkeit wäre ein Beitritt von ARD und ZDF zum
66 paneuropäischen Sendernetzwerk Euronews. Ein demokratischeres Europa braucht mehr grenz-
67 übergreifenden politischen Diskurs und lebendige europäische Parteien.

68 Das Wahlrecht ist der Inbegriff politischer Mitbestimmung in demokratischen Staaten. Deswe-
69 gen wollen wir die Ausübung des Wahlrechts für EU-BürgerInnen erleichtern und auf eine neue
70 Stufe heben: Wir treten dafür ein, dass UnionsbürgerInnen an ihrem ständigen Wohnsitz überall
71 in der EU mitwählen dürfen, wenn sie seit fünf Jahren dort leben – und nicht nur für Kommu-
72 nalparlamente und das Europäische Parlament, sondern auch bei regionalen und nationalen
73 Wahlen. Für die Wahlen zum Europäischen Parlament streben wir die schrittweise Einführung
74 europaweiter Listen an, damit die WählerInnen die Möglichkeit haben, für die KandidatInnen,
75 die verstärkt gesamteuropäische Interessen vertreten.

76 **C.1.2 Mehr Transparenz und Lobbykontrolle in EU-Institutionen**

77 Unser Ziel ist ein offenes und transparentes Regieren – von der lokalen bis zur europäischen
78 Ebene. Mehr Transparenz in den Beratungs- und Entscheidungsverfahren macht Politik nach-
79 vollziehbar und ermutigt BürgerInnen sich einzumischen. Transparenz hilft den Einfluss von Lob-
80 byistInnen zu beschränken und ist das beste Mittel gegen Korruption. Auch die Europäische
81 Union muss transparenter werden, um bestehendes Misstrauen abzubauen. Sie sollte Vorreiterin
82 sein und Informationen und Daten gemäß den Prinzipien von Open Government und Open
83 Data freigeben und lizenzieren. Wir wollen die Arbeitsweise des Europäischen Rats und des Mi-
84 nisterrats transparent gestalten, indem die Sitzungen grundsätzlich öffentlich stattfinden. Der
85 Europäische Rat soll sich wieder auf die Rolle als Impulsgeber beschränken und nicht Gesetzge-
86 ber spielen. Das Europäische Parlament soll einen festen Platz bei Ratssitzungen erhalten und

87 die Sitzungen durch eigene Debatten vorbereiten. Darüber hinaus wollen wir durch ein Bündel
88 von Maßnahmen für mehr Transparenz und weniger Lobbyeinfluss sorgen: Wir brauchen u.a.
89 endlich ein verbindliches Transparenzregister auf europäischer Ebene, eine Begrenzung von Par-
90 tei- und Wahlkampfspenden und verbesserte Veröffentlichungspflichten. Wir fordern bei einem
91 Wechsel von wichtigen EntscheidungsträgerInnen der Exekutive in die Privatwirtschaft eine Prü-
92 fung von Interessenskonflikten und für den Fall, dass diese gegeben sind, eine Karenzzeit (Über-
93 gangsfrist) von drei Jahren. Darüber hinaus brauchen die EU und ihre Mitgliedstaaten eine um-
94 fassende Strategie, um Korruption in der Politik vorzubeugen und an der Wurzel zu bekämpfen.
95 Transparenz bedeutet für uns auch, dass die Verteilung und Verwendung staatlicher Mittel in
96 der EU nachvollziehbar und überprüfbar ist. Eine Aufgabenauslagerung darf die Transparenz
97 und bestehende Standards z.B. bei der Tariftreue, nicht unterminieren. Zwischenstaatliche Ver-
98 träge sollen ins Gemeinschaftsrecht integriert werden, damit die Kontrolle durch das Europäi-
99 sche Parlament gesichert ist.

100 **C.1.3 Mehr Rechte für das Europäische Parlament**

101 Das Europäische Parlament ist die europäische Institution mit der größten demokratischen Legi-
102 timation, da es als einzige direkt gewählt wird. Es ist gleichberechtigter Gesetzgeber in fast allen
103 Politikbereichen, es muss internationalen Abkommen zustimmen und hat ein begrenztes Initia-
104 tivrecht. Dennoch fehlen ihm weiterhin entscheidende parlamentarische Rechte. Es sind viel-
105 mehr die nationalen Regierungen, die im Zuge der zwischenstaatlichen Krisenpolitik ihre Macht-
106 stellung ausgebaut haben. Das wollen wir ändern. Das Europäische Parlament soll der Ort der
107 maßgeblichen Debatten und europäischen Entscheidungen sein. Wir wollen ein Europäisches
108 Parlament, das auf Augenhöhe mit Rat und Kommission steht. Durch ein eigenes Initiativrecht
109 für Gesetze, durch die volle Beteiligung an der Gesetzgebung in allen Politikbereichen und
110 durch das Recht, selbst über den Sitzungsort und -kalender zu entscheiden. Auch bei internatio-
111 nalen Verträgen wollen wir die Mitwirkungsmöglichkeiten des Parlaments stärken. Diese Refor-
112 men benötigen Vertragsänderungen. Es gibt aber auch substantielle Verbesserungen, die sofort
113 in Angriff genommen werden können: Das Recht einer Minderheit, einen Untersuchungsaus-
114 schuss einzusetzen, die Möglichkeit namentlicher Abstimmungen in den Ausschüssen und die
115 individuelle Wahl und Abwahl des/der KommissionspräsidentIn durch das Parlament.

116 Wir wollen daran festhalten, die Kommission zu verkleinern, wie im Lissabon-Vertrag vorgese-
117 hen. Die Forderung, dass jeder Mitgliedstaat eine/n KommissarIn benennt, widerspricht dem
118 Charakter der Kommission als Gemeinschaftsinstitution. Außerdem fordern wir die deutliche
119 Stärkung des wissenschaftlichen Dienstes für das Europäische Parlament. Nur so können wir ge-
120 währleisten, dass Lobbygruppen nicht die Informationshoheit gewinnen, sondern alle Abgeord-
121 neten neutral und gut informiert sind. Wir GRÜNE begrüßen, dass die Europawahl europäischer
122 wird: Zum ersten Mal haben die größten europäischen Parteienfamilien gemeinsame Spitzen-
123 kandidatInnen nominiert.

124 **C.1.4 Mehr Demokratie durch eine Allianz der Parlamente**

125 Mehr Demokratie in der EU gibt es nur, wenn sie überall gestärkt wird – auch in den Mitglied-
126 staaten. Starke Parlamente auf allen Ebenen, die gut miteinander zusammenarbeiten, sind der
127 richtige Weg dorthin. Durch eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht haben wir GRÜNE
128 wichtige Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages in der Europapolitik erstritten. Wir set-
129 zen uns dafür ein, dass sich die Abgeordneten der unterschiedlichen Parlamente – Europäisches
130 Parlament, Bundestag und Landtage – besser vernetzen und sich regelmäßig austauschen, zum
131 Beispiel durch eine engere Vernetzung der Ausschüsse oder ein Rederecht für Europaabgeord-
132 nete in Landtagen. Wir fordern eine stärkere Mitsprache des Bundestags bei den Beratungen
133 zur wirtschaftspolitischen Koordinierung im Rahmen des „Europäischen Semesters“ sowie des
134 Bundesrats.

135 **C.1.5 Für einen Europäischen Konvent**

136 Die Krise hat fundamentale Schwächen der europäischen Architektur offengelegt. Entscheidun-
137 gen werden wieder von Staats- und RegierungschefInnen hinter verschlossenen Türen getrof-
138 fen. Das schwächt das Europäische Parlament und die Europäische Kommission und stärkt das
139 „Europa der nationalen Regierungen“ und hat damit das Thema Vertragsreform erneut auf die
140 Agenda gebracht.

141 Gegen diese entmündigende Politik setzen wir GRÜNE den Dialog über unsere gemeinsame Zu-
142 kunft in Europa und fordern einen demokratisch legitimierten Europäischen Konvent. Dieser soll
143 vom Europäischen Parlament geleitet werden, Zivilgesellschaft und Sozialpartner breit einbezie-
144 hen, öffentlich tagen und demokratisch entscheiden. Der Konvent soll die Überarbeitung der
145 Europäischen Verträge vorbereiten und diskutieren, wie die Vertragsänderungsverfahren verein-
146 facht werden könnten. Die Weiterentwicklung der europäischen Demokratie, wie auch der
147 Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik müssen ins Zentrum gerückt werden. Über die Ergebnisse
148 dieses Konvents sollen die BürgerInnen in einem europaweiten Referendum abstimmen können.

149 **C.1.6 Gegen die Verletzung von Menschen-, Grund- und Minderheitenrechten**

150 Alle EU-Mitgliedstaaten haben sich vertraglich verpflichtet, die Grundwerte zu schützen, die in
151 Artikel 2 des EU-Vertrags niedergelegt sind. Dies sind die Achtung der Menschenwürde, Frei-
152 heit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte ein-
153 schließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Gegen schwerwiegende Ver-
154 letzung dieser Grundwerte in einem Mitgliedstaat kann bislang nur das sogenannte „Artikel-7-
155 Verfahren“ genutzt werden. Die dafür notwendigen hohen Mehrheiten in Rat und Parlament
156 sind jedoch fast unüberwindliche Hürden. Die EU kann bisher keine effektiven Maßnahmen er-
157 greifen, wenn in Mitgliedstaaten Grundrechte massiv verletzt werden und die zuständigen In-
158 stanzen dem nicht wirksam entgegenreten.

159 Wir GRÜNE fordern deswegen neue Mechanismen und Instrumente, z.B. ein stärkeres Monito-
160 ring in allen Mitgliedstaaten, ein Frühwarnsystem für Grundrechtsverletzungen sowie ein Aus-
161 bau der Sanktionsmöglichkeiten. In diesem Zusammenhang wollen wir die Rolle des Europäi-
162 schen Parlaments stärken und zudem prüfen, ob darüber hinaus ein eigenständiges Klagerecht
163 des Europäischen Parlaments bei Verletzungen der Grundwerte und Ziele zweckmäßig ist.

164 Unser besonderes Augenmerk gilt der weitverbreiteten Diskriminierung von Roma in der EU
165 und in Staaten, die der EU beitreten wollen. Die Europäische Kommission muss standhalten ge-
166 gen populistische Forderungen, die die Freizügigkeit für Roma in der EU einschränken wollen.
167 Die dahingehende Rhetorik der deutschen Bundesregierung ist beschämend. Wir fordern eine
168 klare Linie gegen antiziganistische Parolen und die umfassende Umsetzung der EU-Roma-Strat-
169 egie in allen Mitgliedstaaten der EU. Dabei sind die Zivilgesellschaft und Roma-Organisationen
170 einzubeziehen. Bei der Abrufung der EU-Gelder für die Integration von Roma müssen die Mit-
171 gliedstaaten unterstützt, der Austausch zwischen ihnen über erfolgreiche Konzepte zur Integra-
172 tion intensiviert und die zweckgemäße Verwendung der Mittel effektiv kontrolliert werden.

173 Wir verteidigen die Religionsfreiheit und die Freiheit, unter dem Dach der nationalen und euro-
174 päischen Grundrechtsordnung die eigene Kultur zu leben, gegen die ProtagonistInnen einer
175 "Leitkultur", die das kulturelle Leben in Deutschland und in Europa vereinheitlichen möchten.
176 Wir bekennen uns zur Religions- und Glaubensfreiheit als dem Menschenrecht, sich für oder ge-
177 gen eine Religion zu entscheiden und diese religiöse oder weltanschauliche Überzeugung auch
178 öffentlich bekunden oder widerrufen zu können. Gleichzeitig darf der Staat niemanden auf-
179 grund eines religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses bevorzugen oder benachteiligen.
180 Die Religions- und Glaubensfreiheit findet ihre Schranken dort, wo im Namen der Religion die
181 Menschenrechte anderer verletzt werden. Wir werden deshalb im Europäischen Parlament die

182 Initiative für den Schutz und die Hilfe für die Opfer religiös motivierter Gewalt und die aktive
183 Aufnahme für religiös Verfolgte ergreifen.

184 C.2. EUROPA WÄCHST VON UNTEN

185 **C.2.1 Europa vor Ort**

186 Um Europa zu erleben und zu verstehen, sind persönliche Begegnungen und der direkte Aus-
187 tausch über nationale Grenzen hinweg auf allen Ebenen elementar. Aktive Städtepartnerschaf-
188 ten, in denen sich die Zivilgesellschaft engagiert, Jugendaustausch, kommunale bzw. regionale
189 Netzwerke und grenzüberschreitende Europaregionen bilden den Humus, auf dem eine aktive
190 europäische Bürgerschaft entstehen und sich vernetzen kann. Wir wollen das EU-Programm
191 „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ ausbauen, das all diese Aktivitäten fördert. Durch ein
192 „Europäisches Jahr für alle“ wollen wir die Zivilgesellschaft in der EU zusätzlich stärken. Es soll
193 für Freiwillige jeden Alters offen sein, von zivilgesellschaftlichen Organisationen getragen und
194 mit öffentlichen Mitteln grundfinanziert werden.

195 Auch dem in einigen Mitgliedstaaten beängstigend starken Rechtsextremismus wollen wir durch
196 Unterstützung der Zivilgesellschaft begegnen. Mehr als das Verbot einer Partei bewirkt die För-
197 derung von Projekten, die durch Aufklärung Präventionsarbeit leisten oder AussteigerInnen eine
198 Chance zur Wiedereingliederung bieten. Dafür müssen auch zukünftig ausreichend Fördermittel
199 zur Verfügung stehen. Wir GRÜNE fordern eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe im Euro-
200 päischen Parlament, um sich über Erkenntnisse und Bedrohungslagen bezüglich rechter Grup-
201 pierungen auszutauschen.

202 Wir GRÜNE setzen uns auf allen Ebenen für eine Kultur der Kooperation zwischen Gebietskör-
203 perschaften ein. Der Blick über den kommunalen, regionalen oder nationalen Tellerrand hinaus
204 muss in Europa zur Normalität werden. Innovative Ideen und der Austausch von „best
205 practice“-Beispielen stärken die Politik vor Ort und helfen, regionale Potenziale zu entwickeln.
206 Gleichzeitig schärfen sie den Blick für gemeinsame Interessen. Der europäische Mehrwert ist of-
207 fensichtlich, wenn Grenzregionen ihre Strukturprobleme durch grenzüberschreitende Infrastruk-
208 tur, Bildungsangebote oder Erleichterungen für GrenzpendlerInnen anpacken. Auch beim Aus-
209 bau der sozialen Infrastruktur kann das sinnvoll sein, und das nicht nur in dünn besiedelten Ge-
210 bieten. Wir unterstützen daher die Europäische Territoriale Zusammenarbeit als eigenständiges
211 Ziel der Kohäsionspolitik.

212 Auch geografisch voneinander weit entfernte Städte und Regionen haben gemeinsame Interes-
213 sen und Ziele: GRÜNE haben den „Konvent der Bürgermeister“ mit ins Leben gerufen, in dem
214 sich fast 5.000 europäische Kommunen zur Erreichung ambitionierter Klimaziele verpflichtet ha-
215 ben. Wir wollen viel mehr solcher Initiativen fördern.

216 **C.2.2 Entscheidungen dort treffen, wo sie hingehören!**

217 „Mehr Europa“, das heißt für uns, die EU stärker machen, wo gemeinsames Handeln notwen-
218 dig und sinnvoll ist. Es bedeutet nicht, dass wir möglichst viele Entscheidungen auf die europäi-
219 sche Ebene verlagern wollen. Eine zentralistische EU, die bis ins Kleinste vorschreibt, was andere
220 tun oder lassen sollen, untergräbt die Entscheidungsspielräume der demokratisch legitimierten
221 Räte und Parlamente. Zudem ist uns wichtig, auch ganz praktische Fragen, wie zum Beispiel die
222 Zeitumstellung auf die europäische Ebene zu heben, wenn das von Bürgerinnen und Bürgern in
223 Europa eingebracht wird.

224 Vieles kann besser vor Ort, näher an den BürgerInnen entschieden werden. Nichts anderes be-
225 sagt das Prinzip der Subsidiarität, dem auch die EU verpflichtet ist. Die Subsidiaritätskontrolle
226 der nationalen Parlamente wollen wir durch bessere Vernetzung stärken. Ebenso wollen wir das
227 bestehende europäische Instrument der Subsidiaritätskontrolle auf allen Ebenen ausbauen: Wir

228 setzen uns dafür ein, dass kommunale und regionale Parlamente bzw. Gebietskörperschaften
229 ein Recht auf Anhörung und Einflussnahme auf alle übergeordneten Ebenen bis zum Europäi-
230 schen Parlament haben, ohne dass Länder oder Nationalstaaten dies mit Verweis auf ihre Lan-
231 deshoheit blockieren können. Wir wollen in einem offenen politischen Prozess unter Einbezie-
232 hung aller Parlamente diskutieren, welche Bereiche besser dezentral geregelt werden könnten -
233 ohne dabei außer Acht zu lassen, dass überall dort, wo grenzüberschreitende Probleme, z.B. im
234 Zusammenhang mit dem Klimawandel oder dem Umweltschutz existieren, auch grenzüber-
235 schreitende Lösungen gefunden werden müssen.

236 Wir machen uns für den Ausbau direkt-demokratischer Entscheidungsmöglichkeiten auf allen,
237 insbesondere auch auf der europäischen Ebene stark. Bezüglich der Stärkung von Beteiligung
238 auf lokaler und regionaler Ebene kann die europäische Ebene eine koordinierende Funktion
239 übernehmen.

240 **C.2.3 Öffentliche Daseinsvorsorge vor Ort gestalten**

241 Wir GRÜNE wehren uns entschieden dagegen, dass eine Ausdehnung der Binnenmarktregeln
242 die Handlungsspielräume der Regionen und Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge weiter
243 einschränkt. Die Lebensqualität hängt maßgeblich davon ab, dass qualitativ hochwertige und
244 bezahlbare öffentliche Dienstleistungen zur Verfügung stehen: Zum Beispiel eine gute Wasser-
245 versorgung, Abfallentsorgung, ein leistungsfähiger Personennahverkehr, soziale oder kulturelle,
246 Gesundheits- oder Erziehungsdienstleistungen. Um dies gewährleisten zu können, brauchen ins-
247 besondere die Kommunen Gestaltungs- und Organisationsspielraum, den das Grundgesetz ga-
248 rantiert und dessen Achtung im Vertrag von Lissabon verankert ist. Der soziale Wohnungsbau
249 und die sozialen Wohnraumförderungen müssen weiterhin in der Gesetzgebungshoheit der
250 Mitgliedstaaten und ihrer Gebietskörperschaften liegen. Nur sie können auf die vielfältigen Her-
251 ausforderungen und Bedingungen der jeweiligen Wohnungsmärkte eingehen und passgenaue
252 Angebote liefern. Die Vergabe öffentlicher Aufträge oder die interkommunale Zusammenarbeit
253 darf nicht durch EU-Wettbewerbsrecht zur Privatisierungsfalle werden. Ausdrücklich muss der
254 öffentlichen Hand die Möglichkeit gegeben sein, öffentliche Grundstücke auch unter Berück-
255 sichtigung von Zielen der Daseinsvorsorge und weiterer kommunalpolitischer Entwicklungsziele
256 zu vergeben; das EU-Wettbewerbsrecht darf dem nicht entgegenstehen. Auch die Besteuerung
257 interkommunaler Zusammenarbeit lehnen wir ab; diese Zusammenarbeit ist eine rein organisa-
258 torische Angelegenheit der beteiligten Kommunen. Gegen den drohenden Privatisierungsdruck
259 im Wasserbereich stand ein breites Bündnis aus Kommunen im engen Schulterschluss mit grü-
260 nen Abgeordneten aus Landtagen, Bundestag und Europäischem Parlament. Unterstützt von
261 der erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiative „Wasser ist ein Menschenrecht“ ist es schließlich
262 gelungen, den Rat – einschließlich der schwarz-gelben Bundesregierung – und die Kommission
263 zum Einlenken zu bewegen. Dieser Erfolg darf nicht durch die Verhandlungen über das transat-
264 lantische Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) gefährdet werden.

265 **C.2.4 In Europa zu Hause – Kunst und Kultur**

266 Kunst und Kultur sind ein starkes verbindendes Element in Europa. Das kulturelle Zusammen-
267 wachsen ist eine große europäische Aufgabe – gemessen daran ist das Budget der EU für inter-
268 kulturellen Austausch und transnationale künstlerische Kooperation zu gering. Der Kulturetät
269 muss weiter steigen. Film leistet einen wichtigen Beitrag für die kulturelle Vielfalt Europas. Wir
270 wollen den europäischen Film, vor allem regionale Produktionen stärken, durch Filmförderung
271 künstlerische Qualität befördern und den Vertrieb europäischer Filme unterstützen. Das Infor-
272 mationssystem für EU-Fördermittel muss verbessert und die Antragsbürokratie verringert wer-
273 den. Wir wollen den Vertrieb europäischer Filme und die Entwicklung qualitativ hochwertiger
274 Computerspiele stärker unterstützen, das Informationssystem für EU-Fördermittel verbessern
275 und die Antragsbürokratie verringern. Der internationale Kulturaustausch darf nicht an Visabe-

276 stimmungen oder bürokratischen Fallstricken scheitern. Mindesthonorare und -sozialstandards
277 für KünstlerInnen sollten bei EU geförderten Programmen eine Selbstverständlichkeit sein. Kunst
278 und Kultur sind mehr als ein Wirtschaftsfaktor. Der Doppelcharakter als Kultur- und Wirtschafts-
279 gut wurde von der EU durch die Unterzeichnung der UNESCO-Konvention anerkannt. Sie ver-
280 pflichtet die EU zum Schutz und zur Förderung der kulturellen Vielfalt. Sie ist eine entschei-
281 de Ressource für Europas Zukunft. Statt sie reinen Marktinteressen zu unterwerfen wollen wir
282 die kulturelle Vielfalt Europas erhalten und ausbauen.

283 **C.2.5 Medien- und Pressefreiheit verteidigen**

284 Wir wollen Vielfalt und Qualität der Medien als Grundlage einer lebendigen Demokratie garan-
285 tieren und ihre Unabhängigkeit für die BürgerInnen Europas sicherstellen. Eine größtmögliche
286 Staatsferne muss gewährleistet werden. In vielen europäischen Ländern drohen die freie und
287 unabhängige Presse und Rundfunk durch nationale Gesetze oder politisches Handeln immer
288 wieder eingeschränkt zu werden. Die Europäische Union sollte von den Mitgliedstaaten die Ein-
289 haltung der Grundrechtecharta stärker einfordern.

290 C.3. BÜRGERINNENRECHTE STÄRKEN

291 **C.3.1 Rechtsstaatlichkeit voranbringen**

292 Mit dem Vertrag von Lissabon ist die polizeiliche und justizielle Kooperation in der EU zur Ge-
293 meinschaftsangelegenheit geworden. Zudem wurden zwei wichtige grüne Forderungen Realiti-
294 tät: Die EU-Grundrechtecharta ist nun verbindliches Recht und in der EU-Kommission gibt es
295 eine eigene Generaldirektion für den Bereich Grundrechte und Justiz. Den Weg hin zu einheitli-
296 chen Mindeststandards im Strafverfahren, den das Europäische Parlament während der letzten
297 Legislaturperiode in diesem neuen Rechtsrahmen beschritten hat, wollen wir GRÜNE fortführen.
298 Insbesondere im Bereich der Gerichtskostenhilfe und der Untersuchungshaft bedarf es gemein-
299 samer europäischer Standards. Für uns ist das Grundvoraussetzung für eine verstärkte Zusam-
300 menarbeit von Polizei und Justiz in der EU.

301 Anlässe für polizeiliche Kooperation in der EU nehmen zu. Die grenzübergreifende Kooperation
302 von Polizei- und Justizbehörden in Praxis und Ausbildung ist daher dringend nötig. Für uns ist
303 dabei eine dezentrale Kooperation wichtig, die durch die Agenturen Europol und Eurojust koor-
304 diniert und kofinanziert werden soll. Diese Agenturen und ihre Arbeit müssen aber in Zukunft
305 besser durch das Europäische Parlament kontrolliert werden.

306 Gerade bei grenzübergreifenden Ermittlungen und Polizeimaßnahmen, etwa im Rahmen des
307 Europäischen Haftbefehls müssen Verfahrensregeln, Beschuldigtenrechte und rechtsstaatliche
308 Prinzipien wie die Verhältnismäßigkeit klar verankert werden. Wir GRÜNE setzen uns grundsätz-
309 lich für einen restriktiven Einsatz des Strafrechts ein; daher sehen wir EU-Regeln zum materiellen
310 Strafrecht nur als *ultima ratio*. Der gerichtliche Grund- und Menschenrechtsschutz in Europa
311 muss lückenlos gewährleistet werden und auch einen effektiven Individualrechtsschutz vorse-
312 hen.

313 **C.3.2 Gleichberechtigung schaffen**

314 Für ein geschlechtergerechtes Europa kann und muss auch die EU in ihrem Einflussbereich mehr
315 tun. Das fängt beim Geld an: Wir wollen erreichen, dass Frauen mindestens zu gleichen Teilen
316 von europäischen Geldern profitieren. Dafür wollen wir ein Gender Budgeting der jährlichen
317 EU-Haushalte. Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen muss die nötigen Ressourcen
318 bekommen, um verlässliche und EU-weit vergleichbare wissenschaftliche Grundlagen zu Anti-
319 diskriminierungspolitik und geschlechterspezifischen Fragen in allen Politikfeldern zu liefern.
320 Maßnahmen zum Gender-Mainstreaming sollen Männer und Frauen als AkteurInnen von
321 Gleichberechtigung einschließen.

322 Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit – da muss die EU dem europäischen Schluss-
323 licht Deutschland endlich Beine machen! Die Richtlinie zur Entgeltgleichheit muss wirksame
324 Maßnahmen zu Transparenz und mehr Lohngerechtigkeit enthalten und endlich effektiv umge-
325 setzt werden. Das beugt auch der Altersarmut von Frauen vor.

326 Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Entscheidungspositionen ist überfällig. Vorausset-
327 zung dafür ist neben einer finanziellen Gleichstellung auch eine deutliche Verbesserung der Ver-
328 einbarkeit von Familie und Beruf. Außerdem unterstützen wir den Vorschlag der EU für eine
329 verbindliche Frauenquote in Aufsichtsräten großer Firmen. Aber auch für die Führungsgremien
330 der EU-Institutionen – wie zum Beispiel der Europäischen Zentralbank – muss eine paritätische
331 Besetzung verpflichtend werden. Parteien und nationale Regierungen sollen Maßnahmen für
332 die gleichberechtigte Beteiligung von Männern und Frauen ergreifen, wie z.B. die Einführung
333 paritätischer Wahllisten für die Europawahl.

334 Wir setzen uns für die reproduktiven und sexuellen Rechte von Frauen in allen Ländern ein. Da-
335 her unterstützen wir auf europäischer Ebene die Forderung, dass allen Frauen der Zugang zu ei-
336 ner medizinisch sicheren Abtreibung und zu Verhütungsmitteln ermöglicht wird. Wir wollen,
337 dass endlich die Mutterschutz-Richtlinie im Ministerrat verabschiedet wird. Wir unterstützen die
338 Forderung nach 20 Wochen Mutterschutz und EU-weit zwei Wochen Vaterschaftsurlaub bei
339 voller Bezahlung. Dies wäre für viele europäische Länder ein Riesen-Fortschritt und entspricht
340 auch den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation. Wir setzen uns auf europäischer
341 Ebene für das individuelle Recht auf gute Kinderbetreuung ein. Es ist unser Ziel, dass Männer
342 und Frauen nach einer Unterbrechung der Erwerbstätigkeit wegen Familienzeiten problemlos
343 wieder ins Berufsleben zurückkehren können.

344 Gewalt gegen Frauen und Mädchen gehört immer noch zum europäischen Alltag. Wir brauchen
345 in allen Mitgliedstaaten Mindeststandards für die Anzahl und Qualität von – auch barrierefreien
346 - Frauenhäusern, konsequente Strafverfolgung und gezielte Schulungen von Polizei, Justiz und
347 Krankenhauspersonal. Bei den jährlichen Haushaltsverhandlungen des Europäischen Parlaments
348 werden wir dafür streiten, dass genügend Mittel für erfolgreiche Programme zur Bekämpfung
349 von Gewalt gegen Frauen und zur Unterstützung von Hilfsorganisationen bereitgestellt werden.
350 Wir GRÜNE stellen uns grundsätzlich gegen jede Art von Sexismus. Auch gegen sexistische
351 Werbung, weil sie Frauen aufgrund des Geschlechts abwertet und diskriminiert. Wir wollen,
352 dass EU-weite Kriterien erarbeitet werden, die definieren, was sexistische Werbung ist. Als Vor-
353 bild könnten die vom österreichischen Werberat definierten Kriterien dienen.

354 **C.3.3 Gleiche Rechte für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Interse-** 355 **xuelle (LSBTTI)**

356 Wir kämpfen europaweit gegen jede Art von Diskriminierung aufgrund sexueller und ge-
357 schlechtlicher Identität und wollen die vollständige Gleichstellung von LSBTTI nicht nur auf dem
358 Papier, sondern in allen gesellschaftlichen Bereichen auch in der Praxis durchsetzen. Auch in
359 Deutschland werden Lesben und Schwule beim Adoptionsrecht weiterhin benachteiligt, Trans-
360 sexuelle werden pathologisiert. Es gibt immer noch Mitgliedstaaten, die eine Ehe oder registrier-
361 te Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare nicht anerkennen. LebenspartnerInnen werden
362 z.B. in Polen als Ledige behandelt, und in vielen EU-Ländern können lesbischen und schwulen
363 Adoptiveltern ihre Rechte streitig gemacht werden. Das schränkt faktisch das Recht auf Freizü-
364 gigkeit und Niederlassungsfreiheit ein. Wir fordern deshalb die EU-weite Anerkennung eingetra-
365 gener Partnerschaften und gleichgeschlechtlicher Ehen. Darüber hinaus setzen wir uns für den
366 Schutz von Regenbogenfamilien, den Zugang zur Reproduktionsmedizin für Frauen und den
367 Zugang zu medizinischer Versorgung für Transsexuelle in Hinblick auf die gewünschte Anglei-
368 chung an das Zielgeschlecht in allen Ländern der EU ein.

369 Gewalt aufgrund von Homophobie und Transphobie ist in der EU noch immer an der Tagesord-
370 nung. Um Vorurteilen aufgrund von sexueller und geschlechtlicher Identität entgegenzutreten,
371 wollen wir EU-Programme zur Förderung der Vielfalt auflegen. Außerdem möchten wir LSBTTI-
372 Politik als Querschnittsaufgabe in bestehende EU-Programme, wie z.B. Jugendbegegnungen in-
373 tegrieren.

374 **C.3.4 Selbstbestimmt leben in Europa**

375 Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf Selbstbestimmung in ganz Europa, genau
376 wie nichtbehinderte Menschen. Egal ob bei der Arbeit, auf Reisen oder im Rahmen der Ausbil-
377 dung: Viel zu oft wird ihre Teilhabe durch Barrieren verhindert. Wir möchten das auf europäi-
378 scher Ebene ändern und das Recht auf selbstbestimmte Teilhabe in einer Sozialcharta verankern,
379 die für alle Mitgliedsstaaten verbindlich ist. (Menschen-)Rechte und Ansprüche möchten wir
380 über die Europäische Strategie für behinderte Menschen europaweit harmonisieren. Wir werden
381 uns gegen die Blockade der fünften Antidiskriminierungsrichtlinie durch die deutsche Bundesre-
382 gierung stark machen. Sozialrechtliche Ansprüche zum Nachteilsausgleich möchten wir in allen
383 Mitgliedsstaaten frei von der Anrechnung von Einkommen und Vermögen gestalten.

384 **C.3.5 Drogenpolitik: Regulieren statt kriminalisieren**

385 Der globale Krieg gegen Drogen ist gescheitert. Er fördert organisierte Kriminalität, verletzt
386 Menschenrechte und trägt zur Destabilisierung von Staaten bei. Wir wollen deshalb, dass sich
387 die Europäische Union auf internationaler Ebene für ein Ende des Drogenkriegs einsetzt. Natio-
388 nale Schritte für eine Reform der Drogenpolitik sollten unterstützt und nicht behindert werden.
389 Die Europäische Union sollte überdies eine Reform der Drogenpolitik in ihren Mitgliedstaaten
390 fördern, die auf Prävention, Schadensminderung, Entkriminalisierung, Hilfe und Regulierung
391 setzt – und nicht auf Repression. Wer abhängig ist, braucht Hilfe und keine Strafverfolgung.
392 Anstelle der gescheiterten Verbotspolitik fordern wir langfristig eine an den tatsächlichen ge-
393 sundheitlichen Risiken orientierte Regulierung aller - auch bislang illegaler - Drogen. Wir spre-
394 chen uns auch weiterhin dafür aus, dass Drogen wie Cannabis legal an Erwachsene abgegeben
395 werden können. Pauschale Verbote neuer psychoaktiver Substanzen lehnen wir ab. Stattdessen
396 wollen wir Zulassungsverfahren auf der Grundlage von Risikobewertungen ermöglichen, wie es
397 sie bereits in anderen Ländern gibt. Die Kriminalisierung von DrogenkonsumentInnen muss be-
398 endet werden. Die Europäische Union soll dazu beitragen, dass Instrumente wie Inhaltsstoff-
399 Analysen illegaler Drogen (Drugchecking), Substitutionsprogramme, Spritzentauschprogramme,
400 Konsumräume und Programme zur Originalstoffabgabe in den EU-Mitgliedsländern verfügbar
401 gemacht werden. Die nach Einflussnahme durch die Tabak-Lobby abgemilderte Regelung für
402 die Gestaltung von Zigarettenschachteln wollen wir nochmals überprüfen und ggf. überarbei-
403 ten. Gesundheitsgefährdende Marketingstrategien der Alkohol- und Tabakindustrie wollen wir
404 in Europa konsequent zurückdrängen.

405 C.4. GRUNDRECHTE VERTEIDIGEN IM DIGITALEN ZEITALTER

406 **C.4.1. Moderner Datenschutz für alle**Die schockierenden Erkenntnisse über das massenhafte
407 Ausspähen unserer Kommunikation durch Geheimdienste sind noch sehr frisch. Zur Aufklärung
408 dieser Ausspähpraktiken wollen wir einen Untersuchungsausschuss im Europäischen Parlament
409 einsetzen. Edward Snowden hat durch seine Enthüllungen die notwendige Debatte über die Ar-
410 beit von Geheimdiensten angestoßen. Wir treten für eine sichere Unterkunft von Edward Snow-
411 den in Deutschland oder einem anderen europäischen Land ein. Um europäische Rechtsstaat-
412 lichkeitsgrundsätze zu gewährleisten, wollen wir bestehende Datenaustauschabkommen, zum
413 Beispiel von Fluggast- und Bankdaten (PNR und SWIFT) aussetzen und gemäß strengster Da-
414 tenschutzstandards neu verhandeln. Die geheimdienstliche Ausspähung von EU-Institutionen,

415 auch durch EU-Mitgliedstaaten, verurteilen wir. Wir fordern eine grundsätzliche Neuaufstellung
416 der Geheimdienstarbeit von allen Mitgliedstaaten und Verpflichtungen, um gegenseitige Spio-
417 nageaktionen zu beenden.

418 Wir GRÜNE treten für einen modernen und starken Datenschutz in Europa ein. Nur durch ein
419 gemeinsames Vorgehen der EU können wir international hohe Standards durchsetzen. Die zu-
420 künftige Datenschutzpolitik in Europa muss auf der wissentlichen und expliziten Zustimmung
421 zur Datenverarbeitung sowie umfassenden Informations- und Lösungsansprüchen gegenüber
422 allen DatenverarbeiterInnen basieren. Nur wenn VerbraucherInnen aktiv einwilligen, dürfen ihre
423 persönlichen Daten über die eigentlichen Vertragszwecke hinaus erhoben, verwendet und wei-
424 tergegeben werden. Außerdem müssen datenschutzfreundliche Technik und Voreinstellungen
425 zum EU-Standard werden. Auch das immer weiter verbreitete Einkaufen mit dem Handy muss
426 höchsten Sicherheitsstandards entsprechen. Zudem muss die Darstellungsmöglichkeiten von
427 Vertragsbedingungen verbessert werden. Unternehmen muss es verboten sein, Daten von Euro-
428 päerInnen an Drittstaaten weiterzugeben, wenn es dafür keine Grundlage im europäischen
429 Recht gibt. Wir wollen das Safe-Harbor-Abkommen (Vereinbarung zwischen der EU und den
430 USA, wonach US-Unternehmen die Daten von Eu-BürgerInnen unter bestimmten Vorausset-
431 zungen in den USA verarbeiten dürfen) aufkündigen und neu verhandeln, um den europäischen
432 Datenschutz im transatlantischen Austausch zu gewährleisten. Gleiches gilt auch für die Flug-
433 gast- und Bankdatenabkommen, deren anlasslose Datensammlung mit den Grundrechten der
434 EU-BürgerInnen nicht vereinbar ist. Wir treten für eine Stärkung der Datenschutzbeauftragten
435 ein, deren Unabhängigkeit EU-vertraglich festgelegt ist. Wir wollen BürgerInnenrechte europa-
436 weit stärken und kämpfen daher für das Ende der Vorratsdatenspeicherung in ganz Europa.

437 Zur Abwehr von Spionage gegenüber Staat, Wirtschaft und EU-BürgerInnen sind verbindliche
438 europäische Regelungen auf Grundlage der EU-Grundrechtecharta nötig. Es ist nicht hinnehm-
439 bar, dass einzelne EU-Staaten andere EU-Staaten und EU-BürgerInnen ausspionieren. Geheim-
440 dienstkontrolle und Spionageabwehr müssen auch auf europäischer Ebene stattfinden, um un-
441 sere gemeinsame Infrastruktur zu schützen. Forschungsprojekte zur unverhältnismäßigen Aus-
442 weitung staatlicher Überwachung unter dem Programm INDECT dürfen nicht länger gefördert
443 werden. Für die Zulassung von zivilen Drohnen in Europa bedarf es klarer grundrechtsschützen-
444 der Bedingungen.

445 **C.4.2. Digitaler Aufbruch**

446 Im Februar 2012 sind hunderttausende Menschen in ganz Europa auf die Straße gegangen. Sie
447 demonstrierten gegen das ACTA-Abkommen und die Überwachung des Internets bei der Ver-
448 folgung von Urheberrechtsverletzungen. Dies zeigt: Es gibt längst eine „europäische Öffentlich-
449 keit“ in der Netzpolitik. Zukunftsfähige Breitbandinfrastruktur als Fundament des digitalen
450 Wandels ist noch immer ungleich in Europa vorhanden. Deutschland ist allenfalls Mittelmaß.
451 Andere Länder setzen auf Glasfaserinfrastruktur als unumgängliche Zukunftsinvestition. Die EU-
452 Fördermittel für den Breitbandausbau wollen wir deshalb stärker an Kriterien des gleichberech-
453 tigten Zugangs zu den Netzen koppeln und auf den flächendeckenden Glasfaserausbau fokus-
454 sieren. Breitbandinternetzugang ist Teil der Daseinsvorsorge. Die Kommunen sollen hierbei fi-
455 nanziell unterstützt bzw. entlastet werden, ohne jedoch eine Zersiedelung zu befördern. Zudem
456 wollen wir EU-weite Standards für die Klassifizierung von Breitbandgeschwindigkeiten wie auch
457 der Netzneutralität festlegen. Die Netzneutralität, d.h. die gleichberechtigte Übertragung von
458 Daten im Internet ohne Diskriminierung, gehört europarechtlich verankert. Bestehende Hürden
459 bei Frequenzen, wie auch Rechtsunsicherheiten und Haftungsrisiken im Zusammenhang mit of-
460 fenen Funknetzwerken, wollen wir beenden. Hierzu suchen wir pragmatische Wege, wie private
461 und gewerbliche AnschlussinhaberInnen Dritten den freien Internetzugang ermöglichen kön-
462 nen, ohne für missbräuchliche Nutzung in die Mithaftung (Störerhaftung) genommen zu wer-
463 den.

464 Um Europa als Standort besonders für Start-Ups attraktiver zu machen, wollen wir den digitalen
465 Binnenmarkt ausbauen und neue Businessmodelle besser unterstützen. Hierfür unterstützen wir
466 offene Standards (bei staatlichen Aufträgen verpflichtend) und lehnen Softwarepatente auch
467 weiterhin ab. Außerdem fordern wir freie und offene Software (FOSS).

468 Unser Ziel ist es, Monopole aufzubrechen, eine faire und wirksame Regulierung für Internetfir-
469 men zu finden, zum Beispiel bei Fragen des Datenschutzes, des Wettbewerbs und der Besteue-
470 rung. Bei der anstehenden Überarbeitung des Urheberrechts in der EU wollen wir die notwendi-
471 gen Reformen anstoßen, um einen fairen Interessenausgleich zwischen allen Beteiligten zu errei-
472 chen. Bei den Verwertungsgesellschaften wollen wir europaweit transparentere und demokrati-
473 schere Strukturen durchsetzen. Werbeschaltungen auf Internetseiten mit verbotenen Inhalt
474 wollen wir bekämpfen, Gewinnerzielung durch Rechtsverletzungen wollen wir stoppen. Die
475 transformatorische Nutzung von urheberrechtlich geschützten Werken im definierten nicht-
476 kommerziellen Umfang wollen wir durch eine neue Ausnahmeregelung (Urheberrechtsschran-
477 ke) im Urheberrecht absichern. Wo der Bereich des Nicht-Kommerziellen verlassen wird und
478 eine kommerzielle Nutzung vorliegt, sind die UrheberInnen stets angemessen zu vergüten. Ur-
479 heberpersönlichkeitsrechte sind immer, auch bei der Transformation von Werken, zu wahren.
480 Eine weitere Urheberrechtsschranke soll die nicht-kommerzielle Vervielfältigung (offline wie on-
481 line) gegen angemessene Vergütung ermöglichen. Die UrheberInnen sind stets angemessen zu
482 vergüten. Angemessene Kompensationsmöglichkeiten hierfür müssen ausgearbeitet werden.
483 Kommerzielle Plattformbetreiber, die von den Angeboten urheberrechtlich geschützter Werke
484 profitieren, müssen in die angemessene Vergütung mit einbezogen werden. Wir unterscheiden
485 „nicht-kommerziell“ von „kommerziell“, wie folgt: Wird urheberrechtlich geschütztes Material
486 auf einer Internetseite oder Plattform direkt angeboten, die in nicht geringfügigem Maße Ein-
487 nahmen durch Spenden, Beiträge von Mitgliedern wie KäuferInnen oder durch Werbung oder
488 Verlinkung hat, so ist dies ein kommerzielles Ausmaß. Neue legale Angebote müssen unterstützt
489 und weiter ausgebaut werden. Zudem braucht es sowohl eine Verbesserung des Status für ver-
490 waiste Werke als auch eine umfassende Schrankenregelung im Zusammenhang von Werken für
491 Blinde wie auch zu Bildungszwecken.

492 Für die Offenheit und Freiheit des Internets tragen wir auch eine globale Verantwortung. Im
493 Einsatz für die Menschenrechte sind wir gegen den Export von Überwachungstechnik und -soft-
494 ware in autoritäre und diktatorische Staaten. Beim Dialog über Internet-Governance wollen wir
495 verbindliche Beteiligungsverfahren für die Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft
496 und Verwaltung einführen.

497 C.5. OFFENHEIT IN EUROPA UND EINE SOLIDARISCHE ASYPOLITIK

498 **C.5.1 Für mehr Reisefreiheit**

499 Freizügigkeit ist eine der größten Errungenschaften der EU. Die Reise- wie auch die Visumsfrei-
500 heit sind unverzichtbar für Europas BürgerInnen. Sie wirken integrativ und tragen zur Identifika-
501 tion mit Europa bei. Wir lehnen eine Schleifung des Grundrechts auf Freizügigkeit daher ent-
502 schieden ab. Forderungen nach Ausweisung und Wiedereinreisesperren für UnionsbürgerInnen
503 wegen des rechtswidrigen Bezugs von Sozialleistungen sind ebenso populistisch wie europa-
504 rechtswidrig. Europäische Errungenschaften wie die Personenfreizügigkeit dürfen nicht in Frage
505 gestellt werden. Soziale Grundrechte müssen für alle europäische BürgerInnen in allen Ländern
506 gewährleistet werden. Kommunen, die besonders von der Zuwanderung durch Niedrigqualifi-
507 zierte betroffen sind, benötigen Hilfen vom Bund, um die neuen ZuwanderInnen menschenwür-
508 dig aufnehmen und erfolgreich integrieren zu können.

509 Die innerhalb des Europäischen Sozialfonds speziell ausgewiesene Mittel zur Armutsbekämp-
510 fung müssen außerdem konsequent abgerufen werden, beispielsweise für Sprachförderung und
511 für die notwendigen schulischen und anderen Bildungsangebote. Den Kommunen soll ein einfa-

512 cher und zielgerichteter Zugang zu diesen Fördermitteln offen stehen. Darüber hinaus setzen
513 wir uns für den problemlosen Übergang zwischen den Krankenversicherungssystemen der EU-
514 Staaten ein, ohne dass dieser zu Lasten der Kommunen geht.

515 Die Zuwanderung von Menschen innerhalb der EU sehen wir auch als Chance, um die weitere
516 Integration der EU zu fördern. Dazu wollen wir eine stärkere Vernetzung zwischen Kommunen
517 und Regionen, in denen sich EU-BinnenmigrantInnen ansiedeln und den Kommunen und Re-
518 gionen, die die Menschen verlassen, aktiv fördern und vorantreiben. Wir werden uns für die
519 notwendige finanzielle Ausstattung eines solchen Netzwerkes stark machen und den Austausch
520 von Erfahrungen, Wissen und Ideen fördern. Dabei sollten auch hochqualifizierte Einwanderin-
521 nen und Einwanderer selbst eine wichtige Rolle spielen.

522 EU-Länder dürfen künftig an den innereuropäischen Grenzen kontrollieren, wenn sie die mas-
523 senhafte Ankunft von Flüchtlingen befürchten. Damit können Mitgliedstaaten, die ihre Grenzen
524 nicht komplett gegen Flüchtlinge abdichten, künftig für ihre humanitäre Politik bestraft werden.
525 Das hat das Europäische Parlament im Sommer 2013 gegen die Stimmen von uns GRÜNEN be-
526 schlossen. Das Reisen ohne Passkontrollen innerhalb der EU ist aber keine nationale Angelegen-
527 heit, sondern Sache aller in der EU. Nationale Alleingänge bei der Wiedereinführung von Grenz-
528 kontrollen leisten Populismus Vorschub. Deshalb haben wir GRÜNE immer gefordert, dass
529 Grenzkontrollen im Schengen-Raum nur wiedereingeführt werden dürfen, wenn es aus gesamt-
530 europäischer und nicht nur aus einzelstaatlicher Sicht gute Gründe dafür gibt.

531 Auch an den Außengrenzen wollen wir keine Systeme wie „smart borders“, durch die alle An-
532 gehörigen von Drittstaaten künftig mit Fingerabdrücken bei der Einreise in die EU kontrolliert
533 werden sollen – enormen Kosten und schwerwiegenden Eingriffen in die Datenschutzrechte von
534 Reisenden zum Trotz. Wir wollen einen Neuanfang in der europäischen Grenzpolitik. Anstelle
535 von mehr Überwachung und Abschottung wollen wir eine Politik, die die Offenheit Europas in
536 den Mittelpunkt stellt. Diese soll gewährleisten, dass Angehörige von Drittstaaten ohne unver-
537 hältnismäßige Visarestriktionen, lange Warteschlangen und erniedrigende Prozeduren in die EU
538 reisen können.

539 Wir wollen die europäischen Botschaften zu zentralen Stellen für Konsularangelegenheiten für
540 alle EU-BürgerInnen machen. So verbessern wir den Service, sparen unnötige Strukturen ein
541 und erhöhen die Sichtbarkeit der EU im Ausland.

542 **C.5.2 Einwanderung gerecht und menschenwürdig gestalten**

543 Europa ist ein Einwanderungskontinent. Auch deswegen ist die Migrationspolitik der Europäi-
544 schen Union dringend reformbedürftig. Wir wollen eine liberale und humane Migrationspolitik
545 in Europa, die an den Rechten und Bedürfnissen der MigrantInnen ausgerichtet ist und gleich-
546 zeitig auf die Interessen der EU- und der Herkunftsstaaten eingeht. Um dies zu gewährleisten,
547 muss die EU neue Wege für eine legale und dauerhafte Einwanderung schaffen, nicht nur für
548 Hochqualifizierte. Wir wollen eine strategische Neuausrichtung hin zu einer gemeinschaftlichen
549 und kohärenten Migrationspolitik, die an den Rechten von MigrantInnen orientiert ist.

550 Wir wollen die Rechte von MigrantInnen stärken und ihre Möglichkeiten zur Teilhabe am gesell-
551 schaftlichen Leben in der EU ausweiten. Dazu gehört, dass wir den Zugang zum Wahlrecht
552 durch eine Einbürgerungsoffensive erleichtern wollen. Wir streben die demokratische Teilhabe
553 aller Menschen an, die längerfristig hier leben. Als nächsten Schritt wollen wir das kommunale
554 Wahlrecht auch Menschen ohne deutschen Pass oder Unionsbürgerschaft eröffnen.

555 Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen auch ohne Aufenthaltsrecht in allen EU-Mitgliedstaa-
556 ten Zugang zu einer medizinischen Grund- bzw. Notfallversorgung erhalten und dass ihre Kin-
557 der Schulen und Kitas besuchen können, ohne durch Meldepflichten bei Ausländerbehörden ab-
558 gehalten zu werden.

559 C.5.3 EU in einen einheitlichen Schutzraum für Flüchtlinge verwandeln

560 Unzählige Flüchtlinge sterben an den EU-Außengrenzen. Wer es bis in die EU schafft, muss
561 selbst dort befürchten, inhaftiert zu werden bzw. in unzumutbare Lebensumstände zu geraten.
562 Wer nach einem oft langen, beschwerlichen und gefährlichen Weg tatsächlich die Möglichkeit
563 bekommt, einen Asylantrag in der EU zu stellen, muss sich bereits glücklich schätzen. Die Chan-
564 cen, als Flüchtling letztlich anerkannt zu werden und ein Aufenthaltsrecht zu bekommen, klaf-
565 fen zwischen den verschiedenen EU-Ländern weit auseinander. Die Zustände für Flüchtlinge
566 wurden 2011 sogar vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in einem EU-Mitglied-
567 staat als menschenrechtswidrig eingestuft.

568 Statt die „Festung Europa“ auszubauen, wollen wir einen einheitlichen Schutz für Flüchtlinge.
569 Wir setzen uns für gemeinsame und faire Praktiken bei Asylverfahren und eine menschenwürdi-
570 ge Aufnahme von Flüchtlingen in ganz Europa ein. Das Europäische Asylunterstützungsbüro
571 (EASO) wollen wir mit mehr Kompetenzen und Ressourcen ausstatten. Dabei soll das EASO
572 nicht nur einen reibungslosen Ablauf der Asylverfahren in und zwischen den EU-Staaten ge-
573 währleisten, sondern auch für eine zügige und faire Bearbeitung sorgen. Es ist ein Unding, dass
574 nur Ablehnungen von Asylanträgen europaweit harmonisiert wurden, positive Bescheide mit der
575 Verleihung des Flüchtlingsschutzes aber nicht. Dieses Ungleichgewicht im EU-Flüchtlingsrecht
576 wollen wir beheben. Ergänzend zu einem regulären Asylsystem setzen wir GRÜNE uns dafür
577 ein, dass eine festgelegte Zahl besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge in allen Mitgliedstaaten
578 aufgenommen wird („Resettlement“). Hier muss die EU-Kommission eine stärkere Koordinie-
579 rungsrolle übernehmen, und die Mitgliedstaaten müssen mehr Schutzbedürftige aufnehmen.
580 Wir haben erfolgreich für die Einrichtung eines *Joint EU Resettlement Programme* gekämpft
581 und erreicht, dass zusätzliche Mittel für humanitäre Notfallmaßnahmen, wie z.B. für syrische
582 Flüchtlingslager, bereitgestellt wurden.

583 Im Abschnitt „Internationale Verantwortung“ machen wir Vorschläge zu einer fairen Grenzpoli-
584 tik.

585 C.5.4 Für eine humane Asylpolitik

586 Flüchtlinge können zurzeit nur dort einen Antrag auf Asyl stellen, wo sie zum ersten Mal euro-
587 päischen Boden betreten haben (Dublin III-Abkommen). Dies führt dazu, dass EU-Länder, ins-
588 besondere an den Außengrenzen, vor allem auf Flüchtlingsabwehr anstatt auf Flüchtlingsschutz
589 setzen. Sie werden mit der Verantwortung für Schutzsuchende allein gelassen. Auch die jüngste
590 Reform der Dublin-Verordnung hält an diesem System fest. Die Bedürfnisse der Flüchtlinge und
591 Verbindungen zu Angehörigen in anderen Mitgliedstaaten bleiben zudem unberücksichtigt. Wir
592 wollen daher die Dublin-III-Verordnung abschaffen und ersetzen durch ein faires System für
593 Schutzsuchende. Wir wollen, dass Flüchtlinge in dem Land Asyl beantragen können, in dem sie
594 Anknüpfungspunkte wie familiäre Bindungen oder besondere Sprachkenntnisse haben. Alle
595 Mitgliedstaaten müssen gemeinsame Verantwortung für die Aufnahme von Flüchtlingen über-
596 nehmen. Auf EU-Ebene müssen wirksame Solidarmaßnahmen für die Mitgliedstaaten etabliert
597 werden, die besonders viele Flüchtlinge aufnehmen. Unser Ziel ist die Verwirklichung eines eu-
598 ropäischen Flüchtlingsschutzraums mit europaweit einheitlichen und hohen Standards für die
599 Unterbringung und den Schutz von Flüchtlingen. Die EU-Kommission muss endlich konsequent
600 ihre Möglichkeiten nutzen, um die gemeinsamen Standards in allen Mitgliedstaaten durchzuset-
601 zen. Schlupflöcher und Ausnahmeregelungen, welche Asylschnellverfahren oder die systemati-
602 sche Inhaftierung von Schutzsuchenden erlauben, wollen wir abschaffen. Als Sofortmaßnahme
603 fordern wir, dass keine Flüchtlinge mehr in Mitgliedstaaten zurückgeschickt werden, die auf-
604 grund ihrer geographischen Lage oder strukturellen Defizite im Asylsystem überfordert sind.
605 Kein Flüchtling darf in eine so katastrophale Situation geraten wie derzeit die Lampedu-
606 sa-Flüchtlinge, die weitgehend rechtlos durch Europa ziehen und einen Ort zum Leben suchen.

607 In der Eurodac-Datenbank sind die Fingerabdrücke aller Asylsuchenden in der EU gespeichert.
608 Sie ist der Schandfleck des neuen europäischen Asylsystems. Sie stellt Asylsuchende künftig in
609 eine Ecke mit Kriminellen. Bisher dürfen darauf nur Asylbehörden zugreifen, um Flüchtlinge ein-
610 deutig zu identifizieren. In Zukunft bekommt auch die Polizei Zugriff auf die Datenbank – aber
611 für einen ganz anderen Zweck: Zur Verbrechensbekämpfung, um Fingerabdruckspuren von Ta-
612 torten mit den Fingerabdrücken von Asylsuchenden abzugleichen. Wir GRÜNE lehnen Eurodac
613 nach wie vor ab. Aber der Polizeizugriff auf die Datenbank ist für uns ein rotes Tuch. Wir lehnen
614 ihn mit aller Entschiedenheit ab.